

Die Öffentlichkeit beschäftigt sich in letzter Zeit lebhaft mit der Frage des Preisabbaus auf dem Gebiete der Lebensmittel und der Drogen, insbesondere der Markenartikel. Die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels hat diese Frage in einer gemeinsamen Aussprache mit den hieran beteiligten Spitzen- und Fachverbänden der Industrie, des Großhandels und des Einzelhandels einschließlich des Markenschutzverbandes eingehend behandelt. Es wurde dabei das Folgende festgestellt: Alle Wirtschaftsgruppen sind sich darin einig, daß Preissenkungen während des letzten Jahres bereits in erheblichem Maße eingetreten sind, als auf Grund der amtlichen statistischen Berechnungen in der Öffentlichkeit bekannt ist. So z. B. sind die Verkaufspreise des Einzelhandels mit Lebensmitteln seit dem Herbst 1929 nicht um 7 Prozent (wie das Konjunkturinstitut berichtet), sondern im Durchschnitt um etwa 15 Prozent gesunken. Eine Berichtigung des Lebenshaltungsindex und der darauf aufbauenden Feststellung des Konjunkturinstitutes ist von der Hauptgemeinschaft eingeleitet worden.

In der Beurteilung der künftigen Preisentwicklung besteht Einigkeit zwischen den vertretenen Wirtschaftsgruppen darüber, daß das Mißverhältnis zwischen Produktionsmenge und Volkseinkommen wie in der letzten Vergangenheit so auch künftig zu einer Preisgestaltung drängen wird, die in erster Linie auf möglichste Förderung des Absatzes eingerichtet ist. Die Kaufkraft der Bevölkerung wird für den Preisstand entscheidender sein als das Streben nach wirtschaftlich normaler Unkostendeckung. Der weiteren Senkung der Preise wirken allerdings Erhöhungen wesentlicher Unkosten entgegen, die in letzter Zeit namentlich durch Maßnahmen öffentlicher Stellen verursacht worden sind, wie insbesondere der Frachten, wichtiger Steuern und der Mieten für gewerbliche Räume. Auch die Preisstützungsaktion für die Landwirtschaft, die mehr auf die Hebung der Kaufkraft einer großen Produzentengruppe als der Allgemeinheit der Verbraucher eingestellt ist, hemmt den Preisabbau für Lebensmittel. Bei dieser Entwicklung wichtigster Faktoren der Preisbildung kann eine allgemeine Senkung der Preise in Lebensmitteln und Drogen daher für die nähere Zukunft nicht in Aussicht gestellt werden. Ein endgültiger Überblick hierüber wird für viele Waren erst nach Feststellung der Ernteergebnisse möglich sein. Nichts wäre in dieser Lage verkehrter, als wenn Verbraucher und Abnehmer in der irrigen Erwartung nahe bevorstehender Preisentkürzungen Einkäufe und Bestellungen zurückhalten würden, da hieraus nur Störungen von Absatz und Produktion und damit Erhöhung der Unkosten und der Preise entstehen würden. Eine weitere Preisentkürzung kann nicht durch gewaltsame Eingriffe plötzlich herbeigeführt, sondern nur im Zusammenhange der Gesamtwirtschaft allmählich gefördert werden.

Um diesem Ziele zu dienen, sind die beteiligten Fachverbände entschlossen, in gemeinsamer Prüfung an der Frage weiterer Preisentkürzungen und ihrer Voraussetzungen zu arbeiten. Diese Bemühungen erstrecken sich insbesondere auch auf die Preisstellung für Markenartikel. Als das wichtigste Ergebnis der Aussprache wird die gemeinsame Auffassung der daran beteiligten Fachverbände von Warenherstellern und Händlern anzusehen sein, in den sie gemeinsam berührenden Fragen, wie denen der Preisbildung, der Lagerhaltung usw. künftig enger als bisher zusammenzuarbeiten. Damit ist ein erster Schritt zu einer neuartigen Gemeinschaftsarbeit zwischen Industrie, Großhandel und Einzelhandel getan, die nach den Erklärungen aller Beteiligten im Zeichen einer auf Absatzförderung und Bedarfsdeckung der Verbraucher gerichteten Preispolitik stehen soll.

Wie man sieht, handelt es sich namentlich auch um den Abbau der Markenartikelpreise, der schon lange Gegenstand mancher Erörterungen gewesen ist. Gegen einen Preisabbau an sich ist wohl nichts zu sagen. Wir werden uns vielleicht für Jahre auf sinkende Preistendenzen ganz allgemein einzurichten haben. Ein Blick auf den Lebenshaltungskostenindex und seine Bestandteile ist aber geeignet, einige Erwägungen und Überlegungen nahe zu legen. Es betrug der Index für

	Anfang 1929	Juni 1930
Lebenshaltung insgesamt	154.7	147.6
Ernährung	156.1	142.7
Wohnung	125.9	129.8
Heizung und Beleuchtung	151.8	149.4
Bekleidung	172.5	166.8
Sonstigen Bedarf einschl. Verkehr	191.3	193.6

Hier zeigt sich, daß der stärkste Rückgang bei Ernährung und Bekleidung eingetreten ist. Das sind aber auch die einzigen Ge-

biete, wo keine Zwangswirtschaft besteht. Die geringe Senkung bei Heizung und Beleuchtung und die immerhin nicht unbeachtliche Steigerung beim sonstigen Bedarf einschließlich Verkehr geht zweifelsohne auf die Steigerung der in öffentlicher Bewirtschaftung sich befindenden Kraft- und Verkehrstarife zurück. Hier zeigt sich, was in erster Linie Hemmnis des Preisabbaues ist. Noch deutlicher wird das beim Wohnungsindex, wo sich vor allem die Zwangswirtschaft rächt. Die neu gebauten Wohnungen sind zum größten Teil für Minderbemittelte unerschwinglich. An eine Herabsetzung der Mieten ist aber nicht zu denken. Sie müssen sich ja allgemein erst noch der Geldentwertung anpassen, da sie allein weit unter dem Durchschnitt liegen. Hätte man früher die Zwangswirtschaft preisgegeben, die lediglich einem sozialen Irrtum entspringt, so wäre jetzt eher an Abbau auch dieser Posten statt des nunmehr noch lange bleibenden Zwangs zur Steigerung zu denken, so hätten sich aber auch die Mietpreise längst der allgemeinen Lage angepaßt, statt daß sie jetzt anormal sind. Das aber sollte doch auch für die jetzige allgemeine Preisabbauaktion wenigstens die Einsicht vermitteln, daß dabei alles unterbleiben muß, was nach Zwangswirtschaft aussieht. Der Preisabbau wird auch so kommen, ja er ist ja schon im Gange.

Was die Preislage im Buchhandel insbesondere betrifft, so ist vor allem darauf hinzuweisen, daß die Dinge hier vielfach wesentlich anders liegen als in anderen Wirtschaftszweigen. Der Preis des Buches wird auf lange Sicht kalkuliert, wie gar nicht anders möglich ist, wenn oft Jahrzehnte vergehen, bis ein Werk auch nur in der ersten Auflage ausverkauft ist. Daß diese Preise nicht übers Ziel hinauschießen, dafür sorgt schon die Konkurrenz und das wohlverstandene Eigeninteresse des Verlegers, der weiß, daß zu hohe Preise ihm selbst schaden, weil sie das Werk unverkäuflich machen. Im Buchhandel zeigt sich das, was anderwärts als Preisabbau sichtbar wird, weniger in direkten Preisherabsetzungen, obwohl auch die vorhanden sind, sondern vielmehr darin, daß die Preise nicht mit den Steigerungen der Herstellungskosten und mit der allgemeinen Geldentwertung mitgehen, sondern schon längst zurückbleiben, ehe anderwärts an Senkung gedacht wird. Durch Gestaltung seiner Produktion und Aufträge hat es ja der Verleger mehr in der Hand, dem Verteuerungszwang auszuweichen, wenigstens bis zu gewissen Grenzen. Er kann dazu übergehen, billigere Bücher herauszubringen, statt seine Bücher billiger herauszubringen, um es einmal so auszudrücken. Daß das im deutschen Buchhandel in großem Umfang geschehen ist und geschieht, läßt sich nachweisen. Allerdings wirkt dem der zunehmende Absatzrückgang in vieler Hinsicht entgegen. Wo man die Auflagen herabsetzen muß, statt sie erhöhen zu können, hebt sich die Preisentkungsmöglichkeit weitgehend auf. Wichtig bleibt aber auch für den Buchhandel natürlich die Senkung seiner eigenen Unkosten. Die Erhöhungen der Mieten, der Frachttarife, der Steuern stellen da sehr arge Hemmnisse jedes Kostenabbaues dar. Wie soll das der Buchhandel ausgleichen? Einzige Aussicht bietet weitere Rationalisierung des Betriebes und vor allem des innerbuchhändlerischen Verkehrs. In diesem Sinne verdienen die Vorarbeiten zur Reform der Verkehrsordnung besondere Beachtung. Wenn dazu ein Wort gesagt werden darf, so will es nahelegen, dabei so umfassend und so gründlich wie möglich vorzugehen, aber auch vorsichtig und rein sachlich. Es gilt zunächst einmal, vor Anmeldung irgendwelcher Ansprüche von welcher Seite auch immer, objektiv festzustellen: Wie stellen sich denn die Verkehrsfragen vom Verlag, vom vertreibenden Buchhandel, vom Kommissionsplatz her gesehen tatsächlich dar? Was war in der bisherigen Verkehrsordnung tatsächlich geregelt? Was hat sich in diesen Verhältnissen geändert? Muß der Bereich jetzt weiter oder enger gezogen werden? Erst nach Klärung dieser Fragen kann an die eigentliche Formulierung gegangen werden, und dabei sollte dann das Moment im Vordergrund stehen und maßgeblich sein, wie die Neuordnung wirklich allseitig kostensparend werden kann. Gerade wenn die Vermutung zutrifft, daß wir in der ganzen Welt auf lange mit sinkenden Preistendenzen zu rechnen haben, wird dieses Moment von besonderer Bedeutung sein.